

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Führer. 1933-1936 1934**

169 (22.6.1934) Badischer Staatsanzeiger

# Die Aufgaben des neuen deutschen Films

Filmkonferenz im Propagandaministerium - Dr. Goebbels spricht zu Vertretern der Filmwirtschaft

Berlin, 21. Juni. Auf Einladung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, fand Donnerstagmittag im Propagandaministerium eine Aussprache über aktuelle Filmfragen statt, an der die führenden Persönlichkeiten der Filmwirtschaft und Filmkunst teilnahmen. Anwesend waren u. a. der Präsident der Reichsfilmkammer Dr. Scheuermann, die Mitglieder des Präsidialrates Amend, Dr. Velts, Dr. Pilder, Dr. Flugge und Oberregierungsrat Raether, Generaldirektor Klisch von der Ufa, Generaldirektor Gentel von der Tobis sowie von bekannten Filmkünstlern Heinrich George, Louis Trenker, Viktor de Kowa, Fritz Kampers, Heinz Hilsmann, Albert, von Schletow, Odemar ufm.

Zu der Versammlung, die von Staatssekretär Funk geleitet wurde, betonte zunächst Präsident Dr. Scheuermann die schwierige Lage der Filmwirtschaft, insbesondere der Theaterbesitzer, die durch die noch immer nicht beseitigte Luftbarkeitssteuer, die in Wahrheit eine exorbitante Sonderumlage darstellt, sowie durch sonstige Abgaben schwer zu leiden hätten. Die vom Propagandaministerium eingeleiteten finanziellen Hilfsmaßnahmen für die Filmwirtschaft hätten sich zwar recht gut ausgewirkt, kämen aber nicht zur vollen Geltung wegen der unerträglich hohen Luftbarkeitssteuer und der besonderen Schwierigkeiten, die die im Zuge befindliche grundlegende Umstellung des Filmwesens in Deutschland mit sich gebracht habe. Direktor Pilder beleuchtete die Situation noch im einzelnen und regte die Schaffung einer Ausgleichsprämie für Qualitätsfilme an. Er wandte sich besonders gegen eine der Qualitätsleistung hinderliche Normung in der Arbeitszeit.

Im Verlaufe der Aussprache erließen Reichsminister Dr. Goebbels, der gegenüber den vorgebrachten Klagen seitens der Filmwirtschaft davor warnte, daß man heute Schwierigkeiten nicht aus der Gesamtsituation heraus betrachte, sondern aus einem Einzelfalle, um hieraus Niveauunterschiede mit der früheren Zeit zu konstruieren und die Schuld dafür dem Nationalsozialismus in die Schuhe zu schieben. Er werde sich nach wie vor dafür einsetzen, daß die wirtschaftliche Lage der Filmindustrie und der Filmtheater eine Besserung erfahre, andererseits müsse er aber auch verlangen, daß das nationalsozialistische Prinzip im deutschen Film stärker zur Geltung komme als bisher. Er verlange keine nationalsozialistischen Programmfilm oder gar eine Darstellung von politischen Ereignissen, sondern eine Durchdringung des Stoffes mit nationalsozialistischen Ideen und Problemen und eine Anerkennung und Darstellung des Prinzips höchster Verantwortung, aber auch höchster Autorität.

Er verlange eine Filmkunst, die klar und hart auf ein bestimmtes Ziel hinarbeitet. Es sei nicht wahr, daß das Ausland nur den deutschen Ausstattungsfilm wolle. Man solle dann lieber auf den ganzen Film verzichten, wenn in aller Zukunft nur solche deutschen Filme hergestellt werden könnten.

Er wende sich nicht gegen den Lustspielfilm, sondern gegen den geistlosen Lustspielfilm. Es müßten noch mehr als bisher junge Kräfte herangezogen werden, die das große Erleben unserer Zeit auch im Film künstlerisch zur Darstellung bringen. Der Minister sprach sich gegen eine, die Leistung nicht erhellende Gebaltsnormung aus, verlangte aber, daß sich die so genannte Disziplin auch in der Arbeitsweise unseres künstlerischen Lebens durchsetzen müsse. Dies sei kein Hindernis dafür, daß sich die Filmkunst ihren leichten, phantastischen, phantastischen Sinn bewahre.

Die Herren aus der Filmwirtschaft dankten dem Minister für seine Darlegungen und versicherten, daß sie alle Kräfte anspannen würden, um im Sinne der vom Minister aufgestellten Richtlinien die deutsche Filmproduktion zu fördern, wobei sie die Förderung, die die Filmwirtschaft durch Dr. Goebbels und das Propagandaministerium erfahren hat, dankbar anerkannten.

## Nur ein Theater des Volkes

Berlin, 21. Juni. Infolge unklarer Formulierungen bei der Propaganda für „Wallenstein“-Aufführungen in Essen ist durch die Presse im Reich der Eindruck hervorgerufen worden, als ob in Essen ein „Zweites Theater des Volkes“ eröffnet worden sei. Dazu stellt die Reichsgemeinschaft „AdF“ fest, daß es nur ein Theater des Volkes in Berlin gibt. Darüber hinaus ist auf Grund des mit der Reichstheaterkammer hergestellten Einvernehmens nicht beabsichtigt, daß die „AdF“ oder die Reichsgemeinschaft „AdF“ in weiteren Fällen im Reich als Theaterveranstalter auftritt.

Der „Völkische Beobachter“ amtliches Publikationsorgan der Reichsfilmkammer

Berlin, 21. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Reichskulturkammer den „Völkischen Beobachter“ zum amtlichen Mitteilungsblatt für die Reichskulturkammer und ihre Einzel-

lamern bestimmt. Es werden daher in Zukunft alle amtlichen Mitteilungen, insbesondere alle Anordnungen nach § 25 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 (Rgl. I S. 797) einheitlich im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht werden.

## Keine besonderen NSD-Beiträge mehr

Berlin, 21. Juni (NS-Funk). Der Reichsfinanzminister erläßt folgende Anordnung betr. NSD-Beiträge:

Im Einvernehmen mit dem Staatsleiter der obersten Leitung der NSD, und Führer der NSD, Pa. Dr. Robert Ley, wird angeordnet, daß mit Wirkung vom 1. Juli 1934 die NSD keine Beiträge mehr erhebt, da von diesem Zeitpunkt ab die Dienststellen der NSD durch die DAF übernommen werden.

Die Angehörigen der NSD, soweit sie

Mitglieder der NSD sind, haben nach wie vor ihre Mitgliedsbeiträge an die zuständigen Ortsgruppen abzuführen. Das gesamte vorhandene Inventar der Dienststellen der NSD ist in Form einer Liste genauestens aufzunehmen und geht mit Wirkung vom 1. Juli 1934 in das Eigentum der DAF über.

München, 18. Juni 1934.

## Der Reichsparteitag 1934

Eine Mitteilung der Organisationsleitung

Berlin, 21. Juni (NS-Funk). Die Organisationsleitung des Reichsparteitages in Nürnberg teilt mit:

Anfragen über den Reichsparteitag sind nur an die Organisationsleitung des Reichsparteitages 1934, Nürnberg, Frauenorgane 30 zu richten. Anfragen und Schreiben an bestimmte Personen sind unzulässig und erschweren und verzögern nur die Bearbeitung.

geg. Schmeier.

## Furchtbares Explosionsunglück in einem russischen chemischen Werk

78 Tote und Verwundete

Reval, 21. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich am 16. Juni in einer der größten chemischen Fabriken der Sowjetunion, im chemischen Werk „Krunsk“, ein furchtbares Explosionsunglück ereignet. Ein vierstöckiger Seitenflügel der riesigen Fabrikanlage wurde vollkommen zerstört. Genauere Zahlen über die Toten und Verwundeten liegen bisher noch nicht vor, jedoch sollen 78 Personen getötet bzw. verwundet worden sein.

Das Unglück, das bisher von den Behörden geheim gehalten worden war, scheint durch einen Sabotageakt verursacht worden zu sein. Die DGB hat sofort das gesamte Fabrikgelände abgeperrt und eine Untersuchung

eingeleitet, an der außer den Vertretern der obersten Staatsanwaltschaft auch noch Vertreter des Kriegskommissariats teilgenommen haben. Nach den bisherigen Mitteilungen sind bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen worden, darunter auch von einigen Direktoren und Ingenieuren, die für das Unglück verantwortlich gemacht werden. Eine amtliche Verlautbarung über die Katastrophe wird im Laufe des Freitag erwartet.

Das chemische Werk „Krunsk“ stellt hauptsächlich Chemikalien für Industrie und Landwirtschaft her, jedoch sollen in dem Werk auch Kampfmittel für den chemischen Krieg hergestellt werden.

## Badischer Staatsanzeiger

Seite 100 22. Juni 1934

### Amtlicher Teil

#### Bekämpfung der Diphtherie im Amtsbezirk Ettlingen

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Nachdem im Bezirk und Stadt Ettlingen die Diphtherie vollständig erloschen ist, sind alle Einschränkungen nunmehr aufgehoben.

#### Eine Erklärung der Hitler-Jugend

Der Gebietsführer der Hitler-Jugend, Friedhelm Kemper, teilt mit: In Karlsruhe-Mühlburg kam es vor kurzem zu einer Demonstration von Angehörigen des Jungvolkes gegen katholische Pfarrer. Die Unternehmung dieses Vorkommnisses durch die aufständische Führung der Hitler-Jugend, die daselbe auf schärfste mißbilligte, führte zu dem Ergebnis, daß der Urtäter vor einigen Monaten noch dem katholischen Jugendverband „Dukoborn“ angehört hatte. Den ganzen Umständen nach zu schließen, handelt es sich bei ihm um einen Provokateur, der ausdrückliche Befehle der Gebietsführung der Hitler-Jugend bewußt mißachtete. Er wurde sofort zur Rechenschaft gezogen und aus dem Jungvolk ausgeschlossen.

Gegenüber wohlbedacht in die Welt geleiteten Fügen, Prälat Stumpf habe in der Angelegenheit bei dem Herrn Reichsstatthalter vorsprechen wollen, sei aber nicht empfangen worden, wird festgestellt, daß Prälat Stumpf bis zum heutigen Tage noch keine Ursache hatte, Schritte beim Reichsstatthalter zu unternehmen, weil die zuständigen Stellen die Untersuchung sofort mit aller Energie in die Hand nahmen.

Der Fall liefert den Beweis dafür, daß tatsächlich Provokateure in die Reihen der Hitler-Jugend geschickt wurden, mit der Aufgabe, Schwierigkeiten heranzubekweben und das Ansehen der Staatsjugend zu schädigen. Gegen solche Elemente wird, nachdem sie erkannt sind, mit aller Rücksichtslosigkeit vorgegangen werden.

Wenn von gewisser Seite versucht wurde, den Vorfall als Frucht der Erziehung in der Hitler-Jugend darzustellen, so kann darauf erwidert werden, daß genau das Umgekehrte der Fall ist, denn er wurde provoziert von Leuten, deren Erziehung in den Händen einer katholischen Jugendorganisation gelegen hatte. Die

Hitler-Jugend erzieht zur Disziplin. Wer sich ihr nicht fügen will, entlarvt damit sich selbst als Schädling an Volk und Staat.

#### Druckschriftenverbot

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 wird die Verbreitung nachstehender ausländischer Druckschriften im Inland bis auf weiteres verboten:

Die periodische Fruchtbarkeit und Unfruchtbarkeit des Weibes (Buch von Prof. Knaus, Herausgeber Wilh. Maukisch), Oesterreich, Wien.

La Verité, Frankreich, Paris.  
The American Mercury-Zeitschrift, Vereinigte Staaten von Amerika, Newyork.

#### Warnung vor dem Zuzug Arbeit-suchender nach Berlin

Es ist immer noch zu wenig bekannt, daß nach dem Gesetz zur Regelung des Arbeitsverhältnisses vom 15. Mai 1934 und der dazu ergangenen Anordnung für die Stadtgemeinde Berlin vom 17. Mai 1934 (abgedruckt im Reichsanzeiger Nr. 114 vom 18. Mai 1934) die Arbeitsaufnahme für Personen, die am 18. Mai in der Stadtgemeinde Berlin und den umliegenden Gemeinden keinen Wohnort hatten, nur mit Zustimmung der zuständigen Arbeitsämter erfolgen kann.

Arbeitsuchende werden daher dringend davor gewarnt, ohne Zustimmung eines Berliner Arbeitsamtes zur Arbeitsaufnahme nach Berlin zuzuziehen.

#### Amtliche Bekanntmachungen

Buchmacher in Mannheim.

Dem Buchmacher Thomas Matka in Mannheim ist die Erlaubnis erteilt worden, bis 31. Dezember 1934 in Mannheim, im Hause N 2, 13, sowie anlässlich der vom Badischen Mannverein veranstalteten Rennen auf der Mannheimer Rennbahn, gewerbsmäßig Wetten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschießen oder zu vermitteln und sich in seinem Geschäftsraum des Kaufmanns Otto Hah als Buchmacherbeisitzer zu bedienen.

Karlsruhe, den 14. Juni 1934.

Der Minister des Innern.

Versegeleschlich verantwortlich: F. Morauer, Karlsruhe.

## Der Anfall der „Dresden“

Eine Mitteilung der Verwaltung des Norddeutschen Lloyd

Bremen, 21. Juni. Die Verwaltung des Norddeutschen Lloyds teilt mit: Der Dampfer „Dresden“ des Norddeutschen Lloyds, der sich auf einer „Kraft durch Freude“-Fahrt nach den norwegischen Schären befand, ist Mittwochnachmittag bei schlechtem Wetter in der Nähe von Ulfvika auf einen Felsen gelaufen und so schwer beschädigt worden, daß das Kommando im Interesse der Sicherheit der Fahrgäste das Verlassen des Schiffes anordnete. Das Ausbooten der Fahrgäste und die Uebernahme durch den in der Nähe befindlichen und sofort herbeigeleiteten norwegischen Dampfer „King Haakon“ ging trotz des starken Seeganges und der großen Zahl der an Bord befindlichen Personen in voller Ruhe und Ordnung vor sich. Lediglich ein Boot erlitt einen Unfall, bei dem die Insassen ins Wasser fielen, die bis auf zwei Damen sämtlich mit Schwimmwesten versehen waren. Die beiden nicht mit Schwimmwesten ausgerüsteten Frauen konnten jedoch von sofort nachspringenden Stewards ebenfalls gerettet werden. Von den geretteten Passagieren wurden 800 unverzüglich nach Stavanger gebracht, während die restlichen 100 Fahrgäste und die Besatzung im Laufe des Donnerstagnachmittag nach Stavanger befördert wurden, wo sie in Kasernen und Hotels vorläufig Unterkunft finden sollen. Bedauerlicherweise sind auf der Fahrt von der Unfallstelle nach Stavanger an Bord des norwegischen Dampfers „King Haakon“ zwei weibliche Fahrgäste an Herzschwäche verstorben. Sofort nach Bekanntwerden des Unfalles am Mittwochabend wurde der in Bremerhaven liegende Dampfer „Stuttgart“ des Norddeutschen Lloyds beschleunigt ausgerüstet, um die Passagiere und die Besatzung des Dampfers „Dresden“ abzuholen. Das Schiff konnte bereits gegen Mitternacht Bremerhaven verlassen und wird Freitagfrüh in Stavanger eintreffen. Mit der Rückkehr des Dampfers „Stuttgart“ nach Bremerhaven ist Samstagmittag zu rechnen. Dampfer „Dresden“ muß wahrscheinlich als verloren angesehen werden.

Nach einem solchen beim Norddeutschen Lloyd eingelaufenen Telegramm aus Stavanger handelt es sich bei der einen der ums Leben gekommenen Frauen um ein Fräulein Herdrön, die Namen der 15 verletzten Frauen sind folgende: A. Glas, F. Christmann, G. Eugenie, M. Coururier, Frau Ruchelbauig, Fräulein R. Juter, A. Rahm, E. Herber, E. Schmidt, E. Kaempf, H. Minas, E. Adam, E. Had, J. Schleid. Der verletzte Schiffstoch heißt Verroth.

Das Telegramm enthält den Nachsatz: E. Kaempf und G. Eugenie müssen hier bleiben. Diese beiden Frauen sind also als einzige schwerer verletzt. Ueber den Heimort der Verunglückten usw. läßt sich noch nichts genaues feststellen. Die Tote und die Verletzten werden wahrscheinlich aus der Rheinpfalz stammen.

#### Die täglichen Zwischenfälle in Oesterreich

Wien, 21. Juni. Ueber die täglichen Zwischenfälle liegen am Donnerstag bei den Sicherheitsbehörden u. a. folgende Berichte vor:

Im Laufe der Nacht wurde über die Leitung eines Elektrizitätswerkes ein Draht geworfen, wodurch die Stromzufuhr zu dem Orte Radstadt (Salzburg) für einige Zeit unterbrochen wurde. Bei Bramberg (Salzburg) wurde ein Wasserbedecktes des Elektrizitätswerkes abgelassen, wodurch gleichfalls eine Unterbrechung der Stromzufuhr eintrat. In Breitenstein in Niederösterreich wurde 300 Meter oberhalb eines Forsthauses über die elektrische Leitung ein an einem Drahtseil befestigter Stein geworfen, wodurch die Leitungsdrahte zerrissen wurden. Der Schaden konnte erst nach einiger Zeit behoben werden. In der Nacht explodierten wieder mehrere Sprengkörper, so vor der Klosterkirche in Leoben, wodurch erheblicher Sachschaden angerichtet wurde. Ferner wurden in den Vororten Wiens an mehreren Stellen im Laufe der Nacht Papierboller zur Explosion gebracht. Vor einem Möbelgeschäft in der Brünner Straße explodierte ein Papierboller, wodurch zwei Fenster Scheiben zerschmettert wurden. Unbekannte Täter haben ferner Sprengkörper in eine Milchtrinkhalle im Währinger Park geworfen, durch die erheblicher Schaden angerichtet wurde.

#### Akademie für deutsches Recht

Erste Sitzung des Polizeirechtsausschusses

Berlin, 21. Juni. Am Donnerstag fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des preussischen Ministeriums des Innern, Staatsrat Grauert, die konstituierende Sitzung des bei der Akademie für deutsches Recht gebildeten Polizeirechtsausschusses statt, an die sich so gleich die erste Arbeitstagung angeschlossen.

Der Ausschuss für Polizeirecht, der auf besondere Initiative und im Auftrag des Reichsjustizkommissars Dr. Franke von Staatssekretär Grauert ins Leben gerufen wurde, hat im Rahmen des Gesamtzieles der Akademie für deutsches Recht die Aufgabe, die Fortbildung und Erneuerung des Polizeirechtes vorzubereiten und so die Grundlage für ein einheitliches Polizeirecht zu schaffen.